

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Einsteinstrasse 2
3005 Bern

isabelle.schenker@sbfi.admin.ch

Bern, 26. April 2021 sgv-Da/ap

Vernehmlassungsantwort: Totalrevision des Bundesgesetzes über Beiträge für die kantonale französischsprachige Schule in Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Bildungsfragen gehören zum Kerngeschäft des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv. Insbesondere setzt er sich für die Anerkennung und Gleichbehandlung von beruflicher und akademischer Bildung ein.

Mit Schreiben vom 20. Januar 2021 hat uns der Bundesrat eingeladen zur obgenannten Totalrevision Stellung zu nehmen. Gerne machen wir davon Gebrauch.

Grundsätzliche Bemerkungen

Mit Interesse haben wir deshalb von der Totalrevision des Bundesgesetzes über Beiträge für die kantonale französischsprachige Schule in Bern Kenntnis genommen. Auch wenn wir für die notwendige Anpassung der Gesetzesgrundlagen ein gewisses Verständnis haben, stellen sich uns doch einige Fragen, die unseres Erachtens unbedingt noch vor der Anpassung beantwortet werden müssten.

Weder auf der Homepage der Schule noch in den Vernehmlassungsunterlagen sind konkrete Zahlen, wie z. B. die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, aber auch die Summe, die jährlich vom Bund an den Kanton gesprochen wird, ersichtlich. Wenn nun die Vorlage in Art. 4 vorsieht, dass der Bund Finanzhilfen bis 25 % der gesamten anrechenbaren jährlichen Betriebskosten der Schule übernimmt, ist es unseres Erachtens aus Transparenzgründen zwingend, entsprechende Zahlen zu liefern.

In der heutigen Zeit, wo Mobilität, aber auch der Spardruck auf die öffentliche Hand, sei es beim Bund oder den Kantonen gross sind, erstaunt es, dass offenbar keine Überlegungen gemacht wurden, ob und wie die Strukturen zu vereinfachen wären. So könnte man z. B. überprüfen, ob diese Schule nicht als Teilschule an eine andere kantonale Institution angegliedert werden könnte. Schliesslich waren im

Schuljahr 2018/19 gemäss erläuterndem Bericht 54 % aller Schülerinnen und Schüler nicht Kinder von Bundesangestellten oder von Eltern, die bei Organisationen arbeiten, an denen ein Bundesinteresse besteht.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und sehen mit Interesse der Beantwortung unserer Fragen entgegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgV



Hans-Ulrich Bigler
Direktor



Christine Davatz
Vizedirektorin